Bundesregierung und EU treiben Energiekosten in die Höhe
Blind und taub

NAEB-Mitglied werden und NAEB-Rundbrief per E-Mail empfangen [2]
NAEB 2320 am 16.10.2023

Trotz teurer und knapper Energie sowie Abwanderung der Industrie wird die preistreibende und energievernichtende Energiewende im Namen der Weltklimarettung weitergetrieben.

Inzwischen sollte jedem klar geworden sein, der kritisch die Energiewende hinterfragt, dass sie mit jedem Schritt teurer wird. Sie kostet zunehmende Subventionen. Doch woher soll das Geld kommen, wenn durch die hohen Energiekosten die Wirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit verliert und die Einkommen sinken? BP und Total haben daher ihre Pläne, mehr als 1.000 Windkraftanlagen in der Ost- und Nordsee zu bauen, auf Eis gelegt. Gleiches geschieht in England und an der Ostküste der USA. Die Investoren befürchten offensichtlich hohe Verluste, wenn keine staatlichen Subventionen mehr gezahlt werden können.

Energiewendegesetze verstoßen gegen physikalische Gesetze
Doch die EU und die Bundesregierung treiben die Energiewende weiter. Gesetze dazu werden von den rotgrünen Abgeordneten mit Hilfe der FDP gebilligt, selbst wenn sie gegen elementare physikalische Gesetze verstoßen. Das heißt, sie sind undurchführbar, auch wenn dafür beliebig viele Subventionen winken. Die Energieversorgung mit Wasserstoff ist dafür ein herausragendes Beispiel.

Das Heizungsgesetz spart weder Energie noch Kosten
Auch das Gebäude-Energien-Gesetz (GEG), besser bekannt als Heizungsgesetz, gehört dazu. Hauseigentümer sollen die Heizungen auf Wärmepumpen umstellen und die Außenwände stärker isolieren. Für die vom Gesetz geforderten Umbauten werden weitgehend Kohlenwasserstoffbrennstoffe, vorwiegend Erdöl zum Antrieb von Maschinen und Steinkohle für die Metallherstellung, gebraucht. Nach frühestens zehn Jahren kann eine Energieersparnis erwartet werden. Bis dahin wird durch das Heizungsgesetz mehr Energie verbraucht.

Bei den Kosten sieht es noch schlimmer aus. Die Umbaukosten von über 50.000 Euro pro Wohnung sind erst nach 50 Jahren durch die Heizkostenersparnis bezahlt. Rechnet man Zinsen dazu, ist eine Abzahlung unmöglich. Das heißt, wirtschaftlich wird der Wohnungseigentümer enteignet. Das Heizungsgesetz soll nach massiven Protesten in Teilen erst später in Kraft treten. Doch von einer Änderung oder gar Aufhebung ist immer noch keine Rede.

Erhöhte Autobahnmaut verteuert Lebensmittel
Die Verdopplung der Autobahnmaut und Ausdehnung auf Lastwagen ab 3,5 Tonnen bei gleichzeitiger Erhöhung der CO2-Steuer auf Treibstoffe um 10 auf 40 Euro/Tonne CO2 in 2024 führt zu einer empfindlichen Verteuerung der Transportkosten. Die Preise für Lebensmittel dürften um 10 % steigen. Die weitere Verteuerung wird viele Unternehmen zum Aufgeben zwingen. In Frankreich würden solche Verordnungen zum Blockieren aller Fernstraßen mit Lkw führen. Wird in der BRD ebenfalls protestiert werden?

CO2-Bepreisung und Energiewende verdoppeln Stromkosten
Ganz schlimme Wirkung hat die CO2-Bepreisung. Nach den Vorstellungen der grünen Gutmenschen sollen dadurch Kohlenwasserstoffbrennstoffe unbezahlbar werden. Die Energieversorgung für das Industrieland BRD würde dann auf dem vom Wetter abhängigen Wind- und Solarstrom basieren. Wie dieser wetterabhängig schwankende Strom, der als Fakepower weder planbar noch regelbar ist, ein stabiles Stromnetz aufbauen soll, ist das Geheimnis der Gesetzgeber. Die Stabilisierung des Netzes mit grünem Wasserstoff ist eine Utopie. Die Kosten und die Energieverluste zur Erzeugung, Speicherung und Wiederverstromung von grünem Wasserstoff sind untragbar.

Die CO2-Bepreisung treibt die Energiekosten kräftig in die Höhe. Emissionskosten von 10 Euro/Tonne CO2 erhöhen die Gestehungskosten (Kosten ohne Gewinn) von Kraftwerkstrom um einen Cent/Kilowattstunde (ct/kWh). Das sind etwa 20 %. Treibstoffe werden rund 4 ct/Liter teurer (2,5 %). Bei Erdgas sind es 0,3 ct/kWh (3,5 %). Die Basis für die Prozentangaben von Treibstoff und Erdgas sind die Endpreise, die der Verbraucher bezahlt. Die grüne Bundesregierung plant steigende CO2-Abgaben bis zu 300 Euro/Tonne. Jeder mag selbst ausrechnen, welche Preise er dann zahlen muss. Hinzu kommt immer noch die Mehrwertsteuer.

"Experten" glauben, mit einer Abscheidung von CO2 und Verpressung in tiefen Erdschichten könne Strom aus Kraftwerken mit Kohlenwasserstoffbrennstoffen wieder billiger werden, denn dann würden keine CO2-Emissionskosten anfallen. Doch das entpuppt sich bei näherer Betrachtung als Unsinn. Der Energieaufwand für die Abscheidung aus dem Rauchgas, die Verflüssigung, der Transport und die Verpressung verbrauchen rund 50 % der Kraftwerksleistung. Diese Idee erfordert die doppelte Kraftwerkskapazität und den doppelten Brennstoffeinsatz. Energie wird im großen Stil vergeudet.

Der zuständige Bundeswirtschaftsminister Habeck will an der steigenden CO2-Bepreisung festhalten. Die Einnahmen im zweistelligen Milliardenbereich sollen in den Klima- und Energiefonds fließen, der seinem Ministerium zugeordnet ist. Aus diesem Fonds werden die Subventionen für Fakepower und viele Programme zur Durchsetzung der Energiewende bezahlt. Insgesamt stehen über 50 Milliarden jährlich zur Verfügung.

Steigende Stromverluste durch die Energiewende
Die immer teurer werdende Energiewende wird mit immer mehr Energieverlusten weitergetrieben. Von Energieeffizienz kann keine Rede sein. Mit dem Bau weiterer Fakepower-Anlagen gibt es bei Starkwind und Sonnenschein immer häufiger Strom über den Bedarf hinaus. Um das Netz stabil zu halten, muss der überschüssige Strom kostenpflichtig zu negativen Börsenpreisen exportiert werden. In 2023 war das nach einer Aufstellung von Rolf Schuster, Vernunftkraft, bereits mehr als 190 Stunden der Fall. Die Exportkosten liegen deutlich über 100 Millionen Euro. Auch der unbrauchbare Überschussstrom trägt zur Steigerung der Stromkosten bei.

Politische Entscheidungen verdoppeln Stromkosten
Der größte Teil der Energiekosten sind staatliche Abgaben und Energieverluste. Neben direkten Steuern sind es vor allem die Subventionen zur Stützung und zum Vorantreiben der Energiewende. Die Energiewende ist der Hauptkostentreiber. Ohne sie würden die Kosten mehr als halbiert, die BRD wäre wieder weltweit wettbewerbsfähig. Doch noch immer meint die Mehrheit der Deutschen laut Medienberichten, die Energiewende sei zur Weltklimarettung notwendig. Die Profiteure der Energiewende haben gut gearbeitet. Mit Indoktrination und Schüren der Angst vor einem Weltuntergang wird kritisches Denken verhindert. So kann weiter abkassiert werden.

NAEB-Forderung an die Politik zur Energieversorgung

1. Fakepower stoppen (Solarstrom, Windstrom, Biogas), keine Börsenvermarktung, kein EEG
2. RU-Energieversorgung wieder herstellen, weiterhin Erdgas- statt Wasserstoffwirtschaft
3. Kohle-KW Stopp beenden und KW ausbauen, heimische Förderung (BK- und StK) forcieren/reaktivieren
4. CO2-Abgabe beenden, ETS/nEHS/KTF auflösen - Klima- und Transformationsfonds" (KTF)
5. GEG stoppen, statt Wärmepumpenpflicht 3. Wärmeschutzverordnung (1995, Kamin ~ Sicherheit)
6. E-Fuels stoppen, Elektromobilität nur für Nahverkehr propagieren

Begriffe: WSV~ Wärmeschutz-Verordnung, KW ~ Kraftwerk, StK ~ Steinkohle, GEG ~ Gebäude Energiegesetz (mit Irrweg Dämmpflicht-Wärmepumpe), ETS Emission Trading System, nEHS nationales Emissionshandels-System

Zukünftig, wenn Existenz gesichert (derzeit kontraproduktiv wegen Verzettelungsgefahr):
- Kernkraft-Werke
- Fracking + Horizontal-Drilling Technologie für heimisches Gas

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz
www.NAEB.de und www.NAEB.tv

[1] Bildquelle: StockKosh-Advertisement-33
[2] https://www.naeb.info/Beitritt.htm

Die folgenden drei Videos sind abschreckende Beispiele für die Folgen, die Ideologien bei vermeintlich vernunftbegabten Menschen anrichten:
Hintergründe der aktuellen Energiepolitik - Marcel Dubois

26. Mai 2023 | Stiftung Demokratie Saarland SDS

Die Bekämpfung des Klimawandels ist wichtigste Treiber der aktuellen Energiepolitik in Deutschland und Europa, da die Verbrennung von fossilen Brennstoffen wie Kohle, Öl und Gas für einen erheblichen Teil der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich ist. Mit Beginn des Ukrainekonflikts wurde deutlich, wie stark die Energiepolitik von geopolitischen Faktoren wie regionalen Konflikten, politischen Spannungen und Sanktionen beeinflusst wird. Die Energiepreise sind von Angebot und Nachfrage bestimmt und hängen von politischen und regulatorischen Rahmenbedingungen ab. Die Bundesregierung brachte daher zeitnah zahlreiche Maßnahmen zur Abfederung der Preissprünge auf den Weg. Aber auch die Sicherung der Strom- und insbesondere der Erdgasversorgung, die Ausstellung von Notfallplänen war und ist Aufgabe einer weitschauenden Energiepolitik. Insbesondere in Deutschland, das bei Erdgas, Öl und Kohle stark von Importen abhängig ist, besteht das Risiko von Versorgungsengpässen und Preisvolatilität. Deshalb wird daran gearbeitet die Abhängigkeit von einzelnen Energiequellen und -lieferanten zu reduzieren und die Energieversorgung zu diversifizieren.

Hier treffen also zwei Ziele aufeinander: die Abhängigkeit von Erdgas und Erdöl zu überwinden sowie die Reduktion von CO2, um am Ende die Klimaneutralität zu erreichen. Zwei Ziele, die erreicht werden sollen mit dem massiven Ausbau von erneuerbaren Energien (Solar- und Windenergie) und einer Reduktion der Emissionen durch Ersatz von fossilen Brennstoffen (Ersatz Verbrennermotor und Heizungswende mittels Wärmepumpe). Diese Faktoren haben dazu geführt, dass die Energiepolitik in kürzester Zeit auf Nachhaltigkeit, Effizienz und Diversifikation ausgerichtet wurde. Der Vortrag erläutert Hintergründe dazu und gibt Einblick in aktuelle Technologien.

Moderation: Charlotte Britz, Saarbrücker Oberbürgermeisterin a.D.

Marcel Dubois ist seit über 25 Jahren in der Energiewirtschaft tätig. Er studierte Elektrotechnik mit Schwerpunkt Energietechnik an der Hochschule für Technik (HTW) des Saarlandes. Seinen beruflichen Werdegang startetet er bei den Stadtwerken Saarbrücken und arbeitet dort u.a. bei der Erstellung von Studien z.B. Implementierung von PV-Fassadenanlagen mit. Mit Beginn der Liberalisierung der Energiemärkte Ende der 1990er wechselte er in den Bereich Geschäftskundenvertrieb. Seit 2002 ist er bei der KEW Kommunale Energie- und Wasserversorgung AG in Neunkirchen tätig. Zunächst als Assistenz des Vorstandes, dann als Bereichsleiter & Prokurist Marketing und Vertrieb und seit 2019 als Vorstand der Gesellschaft. Er ist u.a. stellvertretender Landesvorsitzender des Verbandes kommunaler Unternehmen VKU Saar.

Stiftung Demokratie Saarland - Damit unsere Demokratie lebendig bleibt!
https://www.youtube.com/watch?v=U-qe-TPMBkQ

Keine Mehrheit für AfD-Initiativen zur Weiter-nutzung der Kernkraft
17. November 2023 | Deutscher Bundestag
Mehrere Initiativen der AfD, die auf eine Weiternutzung der Kernkraft hinausliefen, hat der Bundestag am Freitag, 10. November 2023, mit jeweils breiten Mehrheiten zurückgewiesen. Gegen einen Antrag mit dem Titel "Für die Wiederherstellung einer kostengünstigen, sicheren und souveränen Energieversorgung betriebsfähige Kernkraftwerke reaktivieren und Kernenergie konsequent ausbauen" votierten in namentlicher Abstimmung 550 Parlamentarier. 69 Abgeordnete stimmten für den Antrag. Es gab eine Enthaltung.
https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw45-de-aenderung-atomgesetz-973180
https://www.youtube.com/watch?v=KAIiAzS9Nk0

Bundestag passt Energie-wirtschaftsrecht an EU-Vorgaben an
20. November 2023 | Deutscher Bundestag
Mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP hat der Bundestag am Freitag, 10. November 2023, einen Gesetzentwurf der Bundesregierung "zur Anpassung des Energiewirtschaftsrechts an unionsrechtliche Vorgaben" angenommen. Gegen das zuvor im Ausschuss für Klimaschutz und Energie noch geänderte Gesetz stimmten die Fraktionen von CDU/CSU und AfD. Die Linke enthielt sich ihrer Stimme. Der Haushaltsschuss hatte zur Abstimmung einen Bericht gemäß Paragraf 96 der Geschäftsordnung des Bundestages vorgelegt.
https://www.youtube.com/watch?v=46AN3IWrjzI

Pressekontakt

Stromverbraucherschutz NAEB e.V.

Herr Hans Kolpak
Mühlenstr. 8a
14167 Berlin

NAEB.tv
Hans.Kolpak@NAEB.info

Firmenkontakt

NAEB Stromverbraucherschutz e.V.

Herr Heinrich Duepmann
Mühlenstr. 8a
14167 Berlin

NAEB.de
Heinrich.Duepmann@NAEB.info

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG Erneuerbare Energien Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaik ins Stromnetz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen in Windkraft und Voltaik statt. Die NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Anlage: Bild